

Newsletter Oktober 2024

Heike Baehrens — für die SPD im Bundestag

Liebe Leserinnen und Leser,

bloß nicht nachlassen, sondern dranbleiben – auch wenn's mal schwer wird. Das beständige Ringen um Verbesserungen hinter den Kulissen ist in der Politik manchmal ganz schön aufreibend – aber es lohnt sich. So war es bei den Verhandlungen um das Sicherheitspaket der Bundesregierung und auch bei der Krankenhausreform. Bei beiden Gesetzgebungsverfahren waren viel Geschick und ein langer Atem gefragt.

Das nun beschlossene Sicherheitspaket wird auch unter Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kritisch diskutiert. Einige vorgeschlagene Maßnahmen insbesondere im Bereich Asyl- und Aufenthaltsrecht gehen vielen zu weit. In den parlamentarischen Verhandlungen wurde unter den drei Koalitionspartnern intensiv um einen Kompromiss gerungen. Einig war man sich, dass schnell entschieden werden sollte, um mit den neuen Regelungen zeitnah die Sicherheit in Deutschland zu verbessern.

Die Krankenhausreform hingegen war ein Langstreckenlauf der besonderen Art, bei dem ich als gesundheitspolitische Sprecherin in verantwortlicher Rolle beteiligt war. Wie viele Termine und Verhandlungsgespräche mit den Koalitionspartnern, den Ländern, Verbänden und vielen Praktikern vor Ort es in den letzten zwei Jahren dazu gab, vermag ich nicht mehr zu sagen. Das zähe Ringen mit den Ländern war kräftezehrend – obwohl auch diese von der Reformbedürftigkeit der deutschen Krankenhauslandschaft überzeugt sind.

In beiden Gesetzgebungsverfahren galt es, sehr unterschiedliche Interessen und verschiedene Sichtweisen zu berücksichtigen und Vor- und Nachteile gewissenhaft gegeneinander abzuwägen. Trotzdem ist es gelungen, die Gesetze mit klarer Mehrheit im Bundestag zu beschließen. Das zeigt: Durchhalten und dabei einen klaren Kopf behalten lohnt sich – ja, ist unabdingbar, wenn man politisch gestalten und unser Land in eine gute Zukunft führen will. Dazu habe ich vergangene Woche direkt nach der bayerischen Gesundheitsministerin [im Plenum des Bundestages gesprochen](#).

Nach zwei intensiven Sitzungswochen in Folge freue ich mich nun auf die Zeit im Wahlkreis und lade herzlich dazu ein, die aktuelle Ausstellung mit den Werken von Susanne Weis und Herbert Traub in meinem Bürgerbüro zu besuchen. Bis Ende Januar kann die Ausstellung zu den üblichen Bürozeiten oder nach Vereinbarung besucht werden.

Ihre/Eure



Die Krankenhausreform kommt

Viele Krankenhäuser sind in wirtschaftliche Not geraten – auch bei uns im Südwesten. Dass es dringenden Reformbedarf gibt, ist in den letzten Jahren immer deutlicher geworden. Das hat viele Ursachen: Fachkräftemangel, weniger Patientinnen und Patienten nach der Pandemie, galoppierende Kosten infolge der Inflation und wegen berechtigter Gehaltserhöhungen für das Personal. Mit der Krankenhausreform, der umfassendsten Gesundheitsreform der letzten zwanzig Jahre, stellen wir die Weichen für eine moderne Krankenhauslandschaft in Deutschland. Für die Bürgerinnen und Bürger bedeutet dies eine gesicherte Behandlungsqualität und zuverlässige Erreichbarkeit von medizinischer Versorgung.

Kliniken versuchen oftmals zu überleben, indem sie in möglichst großer Menge gut vergütete Leistungen anbieten – denn das aktuelle Fallpauschalensystem setzt diese Anreize. Dabei wäre es im Sinn der Patientinnen und Patienten, dass solche oft schwierigen Eingriffe, etwa Krebsoperationen, nur an zertifizierten Zentren vorgenommen werden, wo sie häufig und in gesicherter Qualität erbracht werden. Studien zeigen, dass dann die Überlebenschancen deutlich steigen. Auch ist es heute fast einfacher, einen Termin zum Austausch des Kniegelenks zu erhalten als für Physiotherapie. Das kann nicht richtig sein!

Mit der Reform stellen wir darum das Vergütungssystem für die Krankenhäuser um: Sie werden künftig zu 60 Prozent durch sogenannte Vorhaltepauschalen finanziert. Mit dieser Grundfinanzierung wird der Druck aus dem Kessel genommen.

Zugleich hilft die Reform den wohnortnahen Krankenhäusern der Grundversorgung. Sie werden ganz aus der Fallpauschalen-Finanzierung herausgenommen und können ihre stationären Leistungen mit Tagessätzen abrechnen. Der Schwerpunkt dieser sogenannten Level 1-Kliniken wird zukünftig in der allgemeinmedizinisch-internistischen Versorgung liegen. Auch ermöglichen wir ihnen, sich für die sektorenübergreifende Zusammenarbeit mit den Haus- und

Fachärzt:innen in der ambulanten Versorgung zu öffnen. Besonders freut mich, dass es uns gelungen ist, die Pflege in allen Krankenhäusern zu stärken, denn sie wird künftig unter pflegefachlicher Leitung erbracht. Damit wird die ganz eigene Expertise der Pflege endlich umfassend anerkannt.

Der Umbau unserer Krankenhauslandschaft erfordert Investitionen, die gerecht finanziert werden müssen. Wir als SPD sind der Überzeugung, dass eine Steuerfinanzierung – halb vom Bund, halb vom Land – das Beste wäre. Dem hat aber der Bundesfinanzminister grundsätzlich einen Riegel vorgeschoben. So blieb nichts anderes übrig, als dass der geplante Transformationsfonds nun zu fünfzig Prozent von den Ländern und zur anderen Hälfte von den Krankenversicherungen gespeist wird. Daher haben wir als SPD dafür gesorgt, dass auch die private Krankenversicherung bei der Finanzierung einbezogen wird. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit, denn von der Reform profitieren alle Patientinnen und Patienten – egal, ob gesetzlich oder privat versichert.

Mich schmerzt es persönlich sehr, dass die Krankenhausreform erst jetzt kommt, denn für die Helfenstein-Klinik wäre sie eine große Chance gewesen. Aber dass wir es geschafft haben, dieses große und wichtige gesundheitspolitische Vorhaben gemeinsam zum Abschluss zu bringen, ist ein starkes Zeichen der Geschlossenheit und des Gestaltungswillens unserer Regierungskoalition – allen Unkenrufen zum Trotz. Und ich bin davon überzeugt, dass wir mit den Weichenstellungen dieses Gesetzes die medizinische und pflegerische Versorgung in unseren Krankenhäusern verbessern werden.

Für all diejenigen, die noch mehr Infos zur Krankenhausreform wünschen, empfehle ich den Podcast „Lage der Fraktion“, bei dem ich letzte Woche zu Gast war. Die Folge „Muss mein Krankenhaus jetzt schließen, Heike?“ gibt's bei allen Streaming-Anbietern und [hier](#).





Einigung zum Sicherheitspaket

Mehr Sicherheit – das darf nicht Abschottung und Ausgrenzung bedeuten, habe ich in meinen Überlegungen zum Thema Migration im [letzten Newsletter](#) klargemacht. Generalisierende Ressentiments gegenüber Geflüchteten und Zugewanderten führen vielmehr zu einer noch größeren Spaltung in unserer Gesellschaft. Für mehr Sicherheit braucht es in erster Linie klare, faire Regeln im Migrationsbereich. Es braucht Klarstellungen beim Waffenrecht, modernere und rechtlich gesicherte Maßnahmen der Sicherheitsbehörden und mehr Präventionsarbeit gegen Extremismus.

Das sogenannte Sicherheitspaket, das die Bundesregierung unter anderem auch als Reaktion auf die Tat von Solingen vorgestellt hat, ist in den vergangenen Wochen heiß diskutiert worden. In den parlamentarischen Verhandlungen wurde die Kritik aus der Praxis aufgenommen und ein – wie ich finde – vernünftiger Weg gefunden. Unter anderem haben wir uns auf die folgenden Änderungen verständigt:

Im Migrationsbereich, der sehr sensible gesetzliche Änderungen enthält, haben wir gute Kompromisse erzielt. Schutzsuchende, für die laut Dublin-Regelung ein anderer europäischer Staat zuständig ist, sollen nur dann keine Sozialleistungen mehr erhalten, wenn der zuständige Mitgliedsstaat der Rückübernahme zugestimmt hat, die Ausreise tatsächlich möglich ist und den Schutzsuchenden keine Gefahr droht. Die ursprünglich geplanten Verschärfungen bei der Härtefallregelung haben wir fast durchgehend gestrichen. Damit kann das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Einzelfällen weiterhin bei einer besonderen Härte entsprechend reagieren und Leistungen zahlen und Menschen, die Schutz brauchen, Schutz gewähren. Damit das funktioniert, müssen wir jedoch wissen, wer zu uns kommt und dafür sorgen, dass der Schutz nicht ungerechtfertigt beansprucht wird.

Die Sicherheitsbehörden werden mit mehr Befugnissen ausgestattet, um Terror und Extremismus besser bekämpfen zu können. Die neuen Regelungen zum

Ableich von biometrischen Daten aus dem Internet, der Datenanalyse und Weiterverarbeitung von Daten durch Sicherheitsbehörden wurden noch einmal angepasst. Unter anderem wird die Eingriffsschwelle von schweren Straftaten auf besonders schwere Straftaten erhöht sowie die Anforderungen an die Begründung der Anordnung verschärft.

Auch im Waffenrecht gibt es einige Klarstellungen, um die öffentliche Sicherheit zu erhöhen. Wenn es um die Erteilung oder den Entzug einer waffenrechtlichen Erlaubnis geht, werden nun mehrere verschiedene Behörden konsultiert, um sicherzustellen, dass Extremisten und Terroristen leichter entwaffnet werden können bzw. gar nicht erst in den Besitz von Waffen kommen. Künftig wird der Umgang mit Messern bei öffentlichen Veranstaltungen wie Volksfesten und Sportveranstaltungen und auch in Bussen und Bahnen untersagt oder untersagbar. Die Messerverbotzonen sind nun klarer definiert und so für die Praxis gut anwendbar. Außerdem wird klargestellt, welche Tätigkeiten und Alltagssituationen nicht unter das Verbot fallen.

In einem Entschließungsantrag setzen wir als SPD uns für weitere Maßnahmen zur Islamismus-Prävention ein, um der Entwicklung von extremistischen und insbesondere islamistischen Einstellungen frühzeitig entgegenwirken zu können. Wir fordern eine Neuauflage des Extremismuspräventionsprogrammes, mehr politische Bildung und bessere Informations- und Integrationsarbeit.

Mit dem verbesserten Sicherheitspaket liefern wir eine gute Grundlage für mehr Sicherheit. Doch nach wie vor ist ebenso die gesamte Gesellschaft gefragt. In unseren alltäglichen Begegnungen miteinander brauchen wir einen differenzierten Blick auf das Thema Migration, ein Gespür für drohende Diskriminierung, sachliches Ringen um tragfähige Lösungen und das beharrliche Bemühen um Integration. Bei aller notwendigen Konsequenz muss Humanität weiter ihren Platz in der Mitte unserer Gesellschaft haben. Auch das ist unsere Verantwortung nach Solingen.

Planspiel Jugend & Parlament

– ein Bericht von Friso Fischer aus Göppingen

Vier intensive Tage im Bundestag, an denen über 300 Jugendliche in die Rolle von Abgeordneten schlüpfen. Ich war einer von ihnen und nahm am Planspiel Jugend & Parlament teil. Mit meinem Alter Ego, Dr. Winston Fetzer – einem promovierten Politikwissenschaftler, EU-Politik-Experten und langjährigen Mitglied der Bewahrungspartei (BP) –, übernahm ich die Rolle eines Abgeordneten im Deutschen Bundestag.

Es gab drei Fraktionen, denen die Teilnehmer zufällig zugeordnet wurden: die Gerechtigkeitspartei (GP), die Partei für Engagement und Verantwortung (PEV) und die Bewahrerpartei (BP), der ich angehörte. Diese Fraktionen waren wiederum in Landesgruppen organisiert – ich war aufgrund der Berliner Herkunft meines Alter Egos in der Landesgruppe BP Nord. Am Samstag, den 13. Oktober, begannen die ersten Machtspiele: Der Vorstand unserer Landesgruppe, der gleichzeitig für den Fraktionsvorsitz kandidierte, wurde gewählt. Nach der Wahl in der Landesgruppe folgte die Wahl des Fraktionsvorstands. Dieser war für die Parteilinie zuständig, die zwar teils im Vorfeld festgelegt war (die BP war konservativ), aber die konkrete Strategie und das Abstimmungsverhalten bestimmte der Vorstand.

Jeder Teilnehmer war einem Ausschuss zugeteilt. Diese Ausschüsse bearbeiten die Gesetzesentwürfe, die von der Regierung oder dem Bundesrat vorgelegt werden, und bringen sie ins Plenum ein. Zunächst diskutierten wir die Stellungnahmen und Änderungsanträge in unseren Fraktionen, bevor es in die eigentliche Ausschussarbeit ging. Ich war im Rechtsausschuss, der sich mit der Einführung einer sogenannten Klarnamenpflicht beschäftigte – also der Pflicht, den realen Namen auf Social Media angeben zu müssen.

Da ich im Vorfeld zum Vorsitzenden des Rechtsausschusses gewählt worden war, übernahm ich auch dessen Leitung. Das war eine herausfordernde Aufgabe: Es gab viel Tumult und Durcheinander und ich musste oft improvisieren, um Kompromisse zu finden und den Überblick zu behalten. Besonders spannend war es, als es zu einem Regierungsbruch kam und ich versuchte, die Sitzung wieder zu stabilisieren – eine Aufgabe, die ich in dieser Form zum ersten Mal übernommen habe.

Als federführender Ausschuss brachten wir den Gesetzesentwurf schließlich nach überraschenden Kompromissen zwischen allen drei Fraktionen ins Plenum. Der Plenartag, der den Höhepunkt des Planspiels darstellte, wurde von den stellvertretenden Bundestagspräsidenten geleitet. Über unsere vier Gesetzesentwürfe wurde im Plenum abgestimmt. Leider stand die Regierung aus PEV und GP stark zusammen, sodass wir keinen Änderungsantrag durchsetzen konnten – eine frustrierende Erfahrung, die die Realität der Oppositionsarbeit gut widerspiegelte.



Trotz dieser Rückschläge waren die vier Tage im Bundestag eine fantastische Erfahrung. Allein das Privileg, mich frei im Bundestag bewegen zu dürfen, war surreal. Dazu kamen die vielen Begegnungen mit anderen politikinteressierten Jugendlichen, die intensiven Einblicke in das politische Geschehen und die langen Arbeitstage von 8:30 bis 21:30 Uhr. Die Erfahrung, eine Sitzung zu leiten, einen Vorstand zu wählen, politische Strategien zu entwickeln und Entscheidungen zu treffen, machte das Planspiel zu einem unvergesslichen und lehrreichen Abenteuer.

Mein Dank gilt besonders Heike Baehrens und ihrem Team, die mir diese einmalige Gelegenheit ermöglicht haben, sowie dem größtenteils ehrenamtlichen Orga-Team von Jugend & Parlament. Ihr habt es mir ermöglicht, Dinge zu erleben, die nur wenigen vergönnt sind: Ich war mal in den Fraktionsräumen, bin durch die unterirdischen Gänge im Bundestag gelaufen und saß auf den Stühlen im wichtigsten Gremium Deutschlands. Diese Erinnerungen werden mich noch lange begleiten.

Unterwegs im Landkreis



SPD trifft IHK—intensiver Austausch zur wirtschaftlichen Lage im Kreis Göppingen, zum Stand der Berufsausbildung, Fachkräftebedarf und den Potenzialen der Künstlichen Intelligenz zur Verschlankung bürokratischer Prozesse.

Mit politisch interessierten Jusos konnte ich bei „Pizza und Politik“ im Bürgerbüro über die Zukunft der SPD und die Stimmung in der Partei ein Jahr vor der Bundestagswahl diskutieren.



Sehenswerte Ausstellung mit Bildern der Kunsttherapeutin Susanne Weis und fantasievollen Objektkästen, die zum Schmunzeln und Nachdenken anregen, von Herbert Traub. Beide Künstler haben sich mit mir über die guten Gespräche bei der Vernissage in meinem Bürgerbüro gefreut. Bis Ende Januar kann die Ausstellung nach Vereinbarung besucht werden.





Gemeinsam mit meinem Team im Paul-Löbe-Haus in Berlin.



Termine

Montag, 21. Oktober

17:30 Uhr

Gespräch mit der Leiterin der Landesvertretung der TK Nadja Mussa

Bürgerbüro

18:00 Uhr

TK-DocTour 2024 – politischer Austausch mit Medizinstudierenden
Göppingen

Dienstag, 22. Oktober

16:00 Uhr

Bürgersprechstunde

Bürgerbüro

19:00 Uhr

Politisches Gespräch mit Schülerinnen und Schülern der Dr.-Engel-Realschule Eislingen
Digital

20:15 Uhr

Mitgliederversammlung SPD-Ortsverein
Uhingen
Spritzenhäusle Holzhausen

Donnerstag, 24. Oktober

18:00 Uhr

Kreisvorstandssitzung
Deggingen

19:00 Uhr

Ärztetreffen im Oberen Filstal
Rathaus Deggingen

Freitag, 25. Oktober

16:30 Uhr

Austausch mit Tanja Schweizer, Vorsitzende des Kreisverbandes der Obst- und Gartenbauvereine Göppingen e. V.
Bürgerbüro

19:30 Uhr

Blaulichtabend

Mit Johann Saathoff, MdB und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern und für Heimat sowie Sascha Binder, MdL
THW Göppingen

Montag, 4. November bis Freitag, 8. November

Sitzung des Deutschen Bundestages

Montag, 11. November bis Freitag, 15. November

Sitzung des Deutschen Bundestages

Samstag, 16. November

Landesparteitag
Offenburg

Bürgerbüro

Roth Carrée Schillerplatz 10
73033 Göppingen
Tel: 07161 / 988 35 46
Fax: 07161 / 504 82 74
heike.baehrens.wk@bundestag.de

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 / 227 74157
Fax: 030 / 227 70159
heike.baehrens@bundestag.de